

Kirche und Klimaschutz – ein Überblick

Inhalt

0. Einleitung	1
1. Texte der EKD zum Klimaschutz	2
2. Synodenbeschlüsse zum Klimaschutz	4
3. Kirchliche Forderungen	5
4. Kirchliche Aktivitäten zum Klimaschutz	7
4.1 Projekte zum Klimaschutz in den kirchlichen Einrichtungen	7
4.2 Umweltmanagement in kirchlichen Einrichtungen	7
4.3 Umweltmanagement bei Großveranstaltungen	8
4.4 Solarenergie	9
4.5 Ökologische Beschaffung in kirchlichen Einrichtungen	9
5. Neubewertung der Kernenergie und Endlagerproblematik	10
6. Die Klimaallianz	11
7. Klimaschutzprojekt der kirchlichen Werke: „Countdown to Copenhagen“	11
8. Internationale umweltpolitische Zusammenarbeit der Kirchen	12

0. Einleitung

In wenigen Wochen beginnt der Weltklimagipfel in Kopenhagen. In den letzten Monaten ist zunehmend deutlich geworden, dass der bevorstehende Weltklimagipfel eine große Möglichkeit bietet, die internationale Staatengemeinschaft beim globalen Klimaschutz einen entscheidenden Schritt voranzubringen. Aber es besteht auch die Gefahr, dass diese Chance vertan wird, wenn mit den dort getroffenen Vereinbarungen die Treibhausgas-Emissionen nicht ausreichend oder nicht schnell genug verringert werden.

Aus diesem Anlass der bevorstehenden Weltkonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 möchten wir auf den folgenden Seiten einige Beschlüsse, Positionen und Programme von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen vorstellen, die sich auf die Themen Klimawandel und Klimaschutz beziehen. Damit möchten wir zum einen den Prozess der Meinungsbildung in den Kirchen aufzeigen und zum anderen zeigen, wie Kirche versucht, das Leitbild und den Auftrag der Bewahrung der Schöpfung praktisch werden zu lassen. Wir dokumentieren damit sozusagen den Hintergrund beziehungsweise den Stand, auf dem die Stellungnahmen und Aktivitäten der Kirchen zur Konferenz in Kopenhagen ausgehen und aufbauen.

* Prof. Dr. Hans Diefenbacher, stellv. Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) Heidelberg, apl. Prof. für Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg, hans.diefenbacher@fest-heidelberg.de – OKRin Dr. Renate Knüppel, Referentin für Lebens- und Umweltschutz im Kirchenamt der EKD in Hannover, renate.knueppel@ekd.de

1. Texte der EKD zum Klimaschutz

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich in zahlreichen Publikationen in den letzten Jahren und Jahrzehnten an die Öffentlichkeit gewandt und zu Fragen der Bewahrung der Schöpfung, insbesondere zum Umweltschutz, geäußert:

- Zusammen mit der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlichte der Rat der EKD im Jahr **1985** die Gemeinsame Erklärung „Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung“;¹ diese Erklärung enthält das Eingeständnis, dass die christliche Theologie die drohenden Gefahren für die Umwelt nicht rechtzeitig erkannte und in Verlegenheit geriet, als die Bedrohung der Umwelt plötzlich mit Macht ins allgemeine Bewusstsein trat (S. 32). Zum Ökologieproblem werden drei Richtlinien für verantwortliches Handeln genannt: die Ehrfurcht vor dem Leben, eine vorausschauende Gefahrenabschätzung und eine nicht nur am ökonomischen Kalkül orientierte Abwägung von Schaden und Nutzen menschlicher Eingriffe in die Natur. Die damals formulierten Forderungen für ein „neues Denken und Handeln“ lesen sich auch heute noch überraschend aktuell: Angemahnt wird ein neuer, umweltverantwortlicher Lebensstil, das Denken in ökologischen Systemzusammenhängen, ökologisch verträgliches Wirtschaften, hier vor allem die Entwicklung von „sanften“ und „alternativen“ Technologien sowie ein Engagement bei selbstorganisierten, kleinen und überschaubaren Betriebsformen. Von der Politik wird die Setzung von Rahmendaaten verlangt, die ökologisch sinnvolles Verhalten nicht durch Wettbewerbsnachteile bestrafen.
- Das gemeinsame Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von **1997** richtet kirchliche Schöpfungsverantwortung an dem Leitbild einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung aus.² Die Kirchen waren wohl mit die ersten der großen Institutionen, die den Begriff der nachhaltigen Entwicklung zur Beschreibung ihrer Aufgaben verwendet und in ihre Programmatik aufgenommen haben. Auf der „Weltkonferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) über Wissenschaft und Technologie für eine menschliche Entwicklung“ 1974 in Budapest wurde das Studienprogramm „Suche nach einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft“ (Just, Participatory and Sustainable Society - JPSS) entworfen.³ Die fünfte ÖRK-Weltversammlung 1975 in Nairobi verabschiedete JPSS als Arbeitsschwerpunkt der Weltkirchengemeinschaft für das darauf folgende Jahrzehnt. Daraus entwickelte sich der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung (Justice, Peace and Integrity of Creation - JPIC). Diese frühzeitige Schwerpunktsetzung der Kirchen aus Nord und Süd hat den internationalen Diskurs über Nachhaltigkeit mit geprägt. Nachhaltigkeit als grundlegendes Leitbild für zukünftige und zukunftsfähige Entwicklungen hat seit der Konferenz von Rio in verschiedenen kirchlichen Erklärungen und Verlautbarungen große Beachtung gefunden. bezeichnet die Vernetzung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Problematik als Ziel der Bewusstseinsbildung für eine christliche Weltgestaltung. Es fordert eine stärkere ökologische Ausrichtung der Wirtschaft, die Abkehr vom rein quantitativen Wirtschaftswachstum und – zur Wahrnehmung der Verantwortung für die

1 <http://www.ekd.de/EKD-Texte/44681.html>

2 <http://www.ekd.de/EKD-Texte/44676.html>

3 Vgl. Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt (Hrsg.) (2002): Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen, Wittenberger Memorandum der Bilanztagung „Von Rio über Johannesburg nach ...“, vom 14. bis 16. Mai 2002, im Internet u.a. unter www.theology.de/downloads/witten1.doc

„Eine Welt“ – eine Aufwertung der Entwicklungspolitik sowie ein verbessertes Mitspracherecht der armen Länder in internationalen Wirtschaftsgremien.⁴ Nachhaltigkeit wird hier also unter den grundlegenden ethischen Perspektiven wie Gottes- und Nächstenliebe, vorrangige Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten, Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität eingereiht (3.3). „Die Zielperspektive der Nachhaltigkeit“, so heißt es dort (3.3.5.), „schließt vor allem die Verantwortung für die Schöpfung ein.“ Und weiter: „Die christliche Soziallehre muss künftig mehr als bisher das Bewusstsein von der Vernetzung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Problematik wecken.“

- **1995** hat zuerst der Umweltbeirat der EKD einen umfassenden Text zum Klimaschutz veröffentlicht: „Gefährdetes Klima - Unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung.“⁵ Dieser Text versucht, auf dem Hintergrund der Entwicklungen der vorangegangenen Jahre die grundlegende Problemstellung zu beschreiben, die zu der Kluft zwischen dem Erkennen notwendiger Schritte und deren mangelnder Umsetzung führt. Die theologische und die ethische Dimension der möglichen Klimaveränderungen werden angesprochen und in ihrer Bedeutung für die „alltägliche“ Politik aufgezeigt. Schließlich benennt der Text mögliche nächste Schritte, die in der Politik wie auch in den Kirchen gegangen werden sollten. Dabei wird deutlich gemacht, dass eine Politik des Klimaschutzes nur erfolgreich sein kann, wenn es für sehr viele Bereiche des Lebens einen tief greifenden Wertewandel gibt.
- Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz haben sich angesichts der UN-Konferenz für Nachhaltigkeit und Entwicklung vom 26.8. – 4.9.2002 in Johannesburg („Rio + 10“) für den globalen Klimaschutz durch schnelle Ratifikation, Umsetzung und Fortentwicklung des Kyoto-Protokolls eingesetzt, das eine Verringerung des CO₂-Ausstosses der Industrieländer um insgesamt 5,2 % im Vergleich zu 1990 bis zum Jahr 2005 vorsieht. Die Industrienationen haben hier eine besondere Verantwortung (siehe Anlage 1). Die Kirchen unterstützten deshalb die Initiativen in der Europäischen Union, die für eine Klima- und Energiepolitik eintraten, die über diesen Minimalkonsens deutlich hinausgeht. Die konsequente und langfristig sichere Förderung des Energiesparens, der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien in Deutschland und weltweit ist eine unverzichtbare Basis nachhaltiger Entwicklung.
- Der Ratsvorsitzende der EKD hat **2004** aus Anlass der aktuellen Auseinandersetzung um den Emissionshandel die deutsche Industrie aufgefordert, die freiwillig übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen (siehe Anlage 2). Wenn die Deutsche Industrie dem nicht nachkomme, blockiere sie den Beitrag, den Deutschland für den Erhalt menschenwürdiger Lebensbedingungen auf der Erde leisten könne und müsse.
- Der Ratsvorsitzende der EKD hat sich am **30. Mai 2007** mit einem eindringlichen Appell „Es ist nicht zu spät für eine Antwort auf den Klimawandel“⁶ an Politik, Gesellschaft und Kirche gewandt, ihre Verantwortung angesichts des Klimawandels zu erkennen und entschlossen zu handeln. Drei Feststellungen begründen Wolfgang Hubers dringlichen Aufruf zum Handeln: „Wir müssen ernsthaft mit einer Klimakatastrophe rechnen. – Wir müssen anerkennen, dass sie in erheblichem Umfang durch menschliches Handeln ausge-

4 Rat der EKD/Deutsche Bischofskonferenz (Hrsg.) (1997); Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Randziffern 122 – 128.

5 <http://www.ekd.de/EKD-Texte/44652.html>

6 http://www.ekd.de/EKD-Texte/20070530_appell_klimawandel.html

löst ist. – Um die globale Erwärmung zu begrenzen, müssen wir zu schnellen und entschlossenen Maßnahmen bereit sein.“

- Im **Juli 2009** schließlich veröffentlichte der Rat der EKD eine Denkschrift unter dem Titel „Umkehr zum Leben – Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels“.⁷ In ihr wird dargestellt, dass die Herausforderungen, vor die der Klimawandel Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kirche stellt, gewaltig sind. Es gehe um das Überleben vieler und ein würdiges Leben aller Menschen. Am härtesten seien diejenigen betroffen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen: die Armen in den Entwicklungsländern. Darum vergrößere sich im Klimawandel die Kluft zwischen Arm und Reich. Die Denkschrift will einen Beitrag zur Klärung der Frage leisten, wie wirtschaftliche Interessen, die grundlegenden Lebensbedürfnisse einer wachsenden Zahl von Menschen, die Rechte künftiger Generationen und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen angesichts des Klimawandels miteinander in Einklang gebracht werden können.

2. Synodenbeschlüsse zum Klimaschutz

Neben mehreren Beschlüssen der EKD-Synoden zur Kernenergie finden sich zum Klimaschutz vor allem zwei Beschlüsse aus den letzten beiden Jahren. Im **November 2008** war das Schwerpunktthema der EKD-Synode „Klimawandel – Wasserwandel – Lebenswandel“. Das für die Synode erarbeitete Lesebuch⁸ ist zusammen mit den Texten während der Synode (Kundgebung, Synodenbeschluss, Referate) in einer epd-Dokumentation veröffentlicht worden.⁹

Die EKD-Synode hat **2008** beschlossen, den Rat der EKD zu bitten, der Arbeit für Schöpfungsverantwortung in der EKD einen gewichtigeren Platz einzuräumen und den Gliedkirchen vorzuschlagen, das Ziel anzustreben, im Zeitraum bis 2015 eine Reduktion ihrer CO₂-Emissionen um 25% – gemessen am Basisjahr 2005 – vorzunehmen. Dazu mögen die Gliedkirchen zur Klimaproblematik Runde Tische bilden.¹⁰ Dieser Beschluss wurde auf der EKD-Synode in Bremen einstimmig verabschiedet. Inzwischen kann man sagen, dass es viele Landeskirchen gibt, die versuchen, diesen Beschluss umzusetzen. Es hat sich dabei allerdings herausgestellt, dass die Berechnung der genauen Höhe der CO₂-Emissionen für Landeskirchen einige Probleme aufgibt, die sowohl das Rechenverfahren als auch die Datenverfügbarkeit betreffen. Um diese Probleme zu bewältigen, wird derzeit ein einheitlicher Leitfaden von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) entwickelt.¹¹

7 www.ekd.de/download/klimawandel.pdf

8 <http://www.ekd.de/synode2008/thema/schwerpunktthema.html> dort unter Lesebuch zur Vorbereitung auf das Schwerpunktthema „Klimawandel - Wasserwandel - Lebenswandel“ Vorlage des Vorbereitungsausschusses zum Schwerpunktthema.

9 ebenfalls auf der Internetseite <http://www.ekd.de/synode2008/thema/schwerpunktthema.html> herunterzuladen.

10 http://www.ekd.de/synode2008/beschluesse/beschluss_schoepfung.html

11 Ab Mitte Dezember 2009 über www.fest-heidelberg.de erhältlich.

Auch auf der Tagung der EKD-Synode in Ulm **2009** wurde in einem Beschluss erneut der Klimaschutz thematisiert.¹² Die Landeskirchen werden gebeten, dazu ehrgeizige und wirksame Selbstverpflichtungen einzugehen und umzusetzen und die internationale Kampagne „Countdown to Copenhagen“ auf allen Ebenen zu unterstützen. Außerdem wurde die Bundesregierung aufgefordert, sich bei der bevorstehenden 15. UNFCCC Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen verbindlich zu verpflichten,

- die Treibhausgasemissionen Deutschlands bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990 um mindestens 40% zu reduzieren, wobei die Reduktion weitestgehend durch Einsparungen in Deutschland selbst erfolgen soll und sogenanntes „Off-Setting“ (d.h. die Anrechnung von Einsparungen, die vermittelt deutscher Finanzierung in Entwicklungsländern erbracht werden) nicht wesentlich auf die Minderungsziele angerechnet werden sollte;
- sich auf nationaler und internationaler Ebene in einer der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechenden Form an den Kosten zu beteiligen, die für Anpassungsmaßnahmen in vom Klimawandel betroffenen Entwicklungsländern heute und künftig anfallen, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels abzufedern, um Katastrophenrisiken durch Prävention zu reduzieren, um Versicherungsinstrumente zum Schutz vor Klimarisiken etwa für die Landwirtschaft einzuführen und um die Verwirklichung der elementaren Menschenrechte wie etwa die Rechte auf Nahrung, Wasser, Wohnen und Gesundheit nicht klimabedingt zu gefährden;
- in enger Abstimmung mit den betroffenen Ländern – etwa der Südpazifikregion – geeignete Maßnahmen zu ergreifen und finanzielle Mittel bereit zu stellen, damit Menschen, deren Existenzgrundlage durch den Klimawandel so stark gefährdet wird, dass Anpassungsmaßnahmen keinen Schutz mehr bieten, entschädigt werden und ihnen neue Lebensperspektiven ermöglicht werden.
- Die für die o.g. Maßnahmen zu Klimaschutz, Anpassung, Kompensation und Rehabilitation in Entwicklungsländern notwendigen Mittel zusätzlich zu den zugesagten Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit (ODA) bereitzustellen.

3. Kirchliche Forderungen

Zu den Kirchlichen Forderungen finden sich zwei Kapitel in der Denkschrift „Umkehr zum Leben“ von 2009 (s. Kapitel 6 und 7);¹³ außerdem wurden dort die von der Synode 2008 formulierten „Zehn Schritte zum schöpfungsgerechten Handeln“¹⁴ erneut aufgenommen (S. 148ff):

1. **Für Gottes Schöpfung eintreten:** Als Kirche wollen wir den Klimaschutz als Querschnittsaufgabe verstehen. Auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene müssen wir dafür Sorge tragen, dass das Klima konsequent geschützt wird. Dieses bedeutet vor allem eine Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen.

12 http://www.ekd.de/synode2009_ulm/beschluesse/beschluss_klimawandel.html

13 Vgl. Fußnote 7.

14 http://www.ekd.de/synode2008/thema/beschluss_kundgebung_klima_wasser_lebenswandel.html

2. **Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung einüben:** Den Gliedkirchen wird nahe gelegt, Bildungs- und Jugendarbeit, insbesondere mit Hilfe der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ in den Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen zu fördern, um das notwendige energie- und klimapolitische Umdenken in der Gesellschaft voranzubringen. Als Institution Kirche mit unseren Werken und Einrichtungen nehmen wir aktiv an der gesellschaftlichen Debatte über den Zusammenhang von Klimawandel und Gerechtigkeit teil.
3. **International eine gerechte Klimapolitik fördern:** Gemeinsam mit unseren ökumenischen Partnern sollten wir Programme zu einer gerechten Klimapolitik, zur nachhaltigen Nutzung von Ressourcen, Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge und Anpassung auflegen und finanziell besser als bisher ausstatten.
4. **Umweltarbeit in den Kirchen ausreichend ausstatten:** Kirchliche Haushalte sind aufgerufen, mehr finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung zu stellen, um die dringend notwendigen Maßnahmen zum Umweltschutz umzusetzen. Die finanziellen Mittel sollen gezielt für den ökologischen Umbau auf allen kirchlichen Ebenen eingesetzt werden. Alle Landeskirchen sollen ihre Gebäude, ihren Energiebedarf, ihr Beschaffungswesen und ihren Ressourcenverbrauch nachhaltig bewirtschaften. Dazu bedarf es überprüfbarer Kriterien (wie z. B. das Umweltmanagement-System „Grüner Hahn/Grüner Gockel“ und die Zertifizierung nach der EMAS-Verordnung), Beratungskapazität und Evaluation der Projekte. Wir appellieren an jede Landeskirche, ihr haupt- und ehrenamtliches Engagement im Umweltbereich zu verstärken und finanziell angemessen auszustatten.
5. **Klima schonende Mobilität fördern:** Das Verkehrssystem trägt wesentlich zur Erhöhung der Treibhausgasemissionen bei. Eine wirksame Reduktion der Emissionen im Verkehr ist mit einer Veränderung des Mobilitätsverhaltens verknüpft. Kirchen, Gemeinden und Landeskirchen sind aufgerufen, leitende Geistliche, Mitarbeitende und Gemeindeglieder zu motivieren, möglichst Klima schonend unterwegs zu sein. Sie sollten Tickets des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) anbieten, Fahrgemeinschaften bilden, wenn möglich Telefon- und Videokonferenzen anstelle von Dienstreisen abhalten, Flugreisen reduzieren oder kompensieren, möglichst Pkw mit niedrigem CO₂-Ausstoß nutzen und ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen einhalten.
6. **Wasser nachhaltig und verantwortlich nutzen:** Im globalen Maßstab wird der Klimawandel zu regionalen und nationalen Konflikten um die Wassernutzung führen. Das bedeutet im Blick auf eine gerechte Klima- und eine nachhaltige Entwicklungspolitik, dass wir unsere Konsumgewohnheiten überprüfen, denn mit jeder importierten Ware verbrauchen wir das Wasser anderer Länder, das für deren Produktion eingesetzt wurde, erhöhen die CO₂-Emissionen durch die aufwendigen Transporte rund um den Globus und tragen zur Verknappung des Lebensmittels Wasser bei. Auch die Kirche als Institution ist gefragt, über ihre Partnerschaften und Entwicklungswerke Wasserversorgungsprojekte in anderen Regionen der Welt zu unterstützen, lokale Initiativen zur Reinhaltung des Wassers zu ergreifen und zur Gerechtigkeit bei der Nutzung des kostbaren und lebensnotwendigen Wassers beizutragen.
7. **Biologische Vielfalt erhalten:** Mit dem Klimawandel und unserer Ernährungsweise gehen für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten hohe Belastungen und damit die Gefahr der Verdrängung und Ausrottung einher. Die Vielfalt der Lebensräume und die biologische Vielfalt auf regionaler, nationaler und globaler Ebene gilt es zu erhalten, dies ist auch ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Die Kirchen und kirchlichen Einrichtungen nehmen ihre Verantwor-

tung für die Bewahrung der Schöpfung wahr, wenn sie ihre kirchlichen Außenanlagen und landwirtschaftlichen Flächen in Kirchenbesitz konsequent naturverträglich bewirtschaften und Pachtverträge mit Dritten in diesem Sinne überprüfen.

8. **Zukunftsfähig im Energiebereich handeln:** Das heutige System der Energieversorgung und Energienutzung ist nicht zukunftsfähig. Energie muss nachhaltig genutzt werden. Strategien dafür sind: Energie einsparen, Energie effizient einsetzen sowie erneuerbare Energieträger nutzen, fördern und ausbauen. Vorhandene kirchliche Gebäude sollten klimatechnisch saniert und mit Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energien ausgestattet werden.
9. **Am Ausstieg aus der Kernenergie festhalten:** Kernenergie ist kein verantwortlicher Beitrag zum Klimaschutz und behindert den notwendigen Umbau der Energieversorgung.
10. **Bewusst nachhaltig wirtschaften:** Ein umfassender Mentalitätswandel ist unabdingbar. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Verteilungsgerechtigkeit müssen für den Umgang mit den natürlichen Ressourcen handlungsleitend sein. Die Kirche mit ihren Institutionen und Werken muss sich selbst in die Pflicht nehmen, in allen Handlungsebenen ihren Beitrag zu einer gerechten Klima- und einer nachhaltigen Entwicklungspolitik leisten und darüber hinaus sich dafür einsetzen, dass die Gesellschaft in allen Lebensbereichen umsteuert.

4. Kirchliche Aktivitäten zum Klimaschutz

4.1 Projekte zum Klimaschutz in den kirchlichen Einrichtungen

In das für die Synode erarbeitete Lesebuch 2008 (veröffentlicht in der genannten epd-Dokumentation)¹⁵ wurden einige Projekte vorgestellt, die von Kirchenleitungen, Kirchengemeinden und anderen kirchlichen Institutionen in den letzten Jahren zu den Themen Klimaschutz und Wasser durchgeführt worden sind (siehe dort S. 37-61). Diese Zusammenstellung ist naturgemäß nur eine subjektive Auswahl der Verfasser, zusammengestellt unter dem Gesichtspunkt, vor allem solche Projekte aufzunehmen, die auch in andere kirchliche Kontexte quasi „als Blaupause“ übertragen werden könnten. Viele dieser Projekte gibt es in ähnlicher Form auch an anderen Orten.

4.2 Umweltmanagement in kirchlichen Einrichtungen

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit kirchlicher Umweltbeauftragter in den letzten Jahren bestand in Programmen, Umwelt- und Energiemanagement-Systeme in kirchlichen Einrichtungen einzuführen beziehungsweise weiter zu deren Verbreitung beizutragen. Mittlerweile sind knapp 500 kirchliche Einrichtungen, davon etwa zwei Drittel evangelische – von „einfachen“ Kirchengemeinden über Tagungsstätten und Klöster sowie Alten- und Pflege-Einrichtungen bis zu Verwaltungsstellen, darunter nicht zuletzt das Kirchenamt der EKD – erfolgreich nach der EG-Öko-Audit-Verordnung (EMAS) oder nach dem – inhaltlich gleichwertigen – kirchlichen Umweltmanagement-Siegel „grüner Gockel/grüner Hahn“ zertifiziert. Eine große Zahl weiterer Einrichtungen ist derzeit dabei, den dazu erforderlichen Vorbereitungsprozess durchzuführen. Damit bilden die Kirchen einen nicht unerheblichen Anteil an den „Umweltmanage-

15 Internet-Quelle vgl. Fußnote 8.

ment-Betrieben“ in Deutschland insgesamt. Einige Landeskirchen haben extra Personalstellen eingerichtet, um diese Programme in die Breite ihrer Gemeinden und Einrichtungen zu bringen, in anderen Landeskirchen muss hier noch „Entwicklungsarbeit“ geleistet werden, um die Zertifizierung nach EMAS bzw dem „grünen Hahn/grünen Gockel“ zu verbreiten.

Die in den letzten Jahren gewonnenen Erfahrungen haben weiter bestätigt, dass kirchliche Einrichtungen, aber auch Kirchengemeinden erfolgreich ein Umweltmanagement-System aufbauen und in der alltäglichen Praxis verwenden können, das den Anforderungen der EU-Normen genügt. In der überwiegenden Zahl der Fälle hat sich erwiesen, dass dabei nicht nur in ökologischer Sicht positive Effekte erzielt werden konnten, sondern auch ein finanzielles Einsparpotenzial aufgespürt und umgesetzt werden konnte. Bei steigenden Energiepreisen kommt diesem Potenzial eine wachsende Bedeutung zu.

Um einen Beitrag zur Sicherung der Qualitätsstandards in diesem Bereich zu leisten, hat sich ein Netzwerk „Kirchliches Umweltmanagement“ (KIRUM) gegründet,¹⁶ in dem entsprechende Fragen diskutiert und Impulse zur weiteren Verbreitung von Umwelt- und Energiemanagement-Systemen gegeben werden. KIRUM sichert auch die Qualitätsstandards des „Grünen Hahns/Grünen Gockels“.

Im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative wurde im Juni 2008 ein Förderprogramm vom Bundesumweltministerium aufgelegt. Seit dem 1. September 2008 ist mit Finanzierung der EKD ein „Projektbüro Klimaschutz“ in der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg mit einer halben Stelle eingerichtet worden. Das Projektbüro hat die Aufgabe, bei der Entwicklung qualifizierter Klimaschutz-Vorhaben zu unterstützen, bei der Antragsstellung im Förderprogramm zu beraten und zu helfen, da ein qualifizierter Antrag einen komplizierten, aber sehr entscheidenden Punkt für eine erfolgreiche Förderung darstellt. Antragsberechtigt sind unter anderem Kirchen, Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen. Die Stelle wird von den Landeskirchen, aber auch von den mit der Durchführung des Förderprogramms betrauten Stellen inzwischen sehr gut angenommen.

4.3 Umweltmanagement bei Großveranstaltungen

Der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) ist seit 2007 nach dem Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) zertifiziert.¹⁷ Er ist die erste regelmäßig stattfindende Großveranstaltung, die ihr Umweltmanagement-System nach EMAS überprüfen ließ. Die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) hat diese Verfahren beratend begleitet und die entsprechenden Arbeiten auch für den Kirchentag in Bremen 2009 durchgeführt; das Bundesumweltministerium hat den Kirchentag bei der Durchführung von Klimaschutzprojekten unterstützt. Um Umweltmanagement bei Großveranstaltungen auch für andere leichter handhabbar zu machen, haben Mitarbeiter von FEST und DEKT die Erfahrungen und notwendigen Schritte in einem Leitfaden zusammengefasst. Dieser Leitfaden und die Praxis des Kirchentags waren Grundlage der Übertragung eines angepassten Umweltmanagements auf die 3. Europäische Ökumenische Versammlung in Hermannstadt/Sibiu im September 2007 und auf die Generalversammlung der Konferenz Europäischer Kirchen in Lyon im Juli 2009.

16 <http://www.kate-stuttgart.org/content/e2/e30/>

17 <http://www.kirchentag.de/das-ist-kirchentag/klimaschutz/umweltmanagement.html?0=>

Das Präsidium der Synode der EKD hatte im Sommer 2007 beschlossen, die CO₂-Emissionen, die bei der Synode in Dresden durch die Anreise der Synodalen und durch das Hotel- und Kongresszentrum während der Synodaltagung anfallen, durch Ausgleichsmaßnahmen zu kompensieren.¹⁸ Das Präsidium der Synode hat beschlossen, die Kompensationszahlungen einem Aufforstungsprojekt in der Nähe von Hermannstadt/Sibiu zuzuwenden. Auch die Synoden 2008 und 2009 haben einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz durch die Kompensation der Kohlendioxid-Emissionen, die während ihrer Tagungen angefallen sind, geleistet.¹⁹

4.4 Solarenergie

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) hatte von 2000 bis 2003 ein Förderprogramm „Solarenergie auf Kirchendächern“ initiiert, das eine unerwartet hohe Aufmerksamkeit bei Kirchengemeinden gefunden hatte.²⁰ Das Förderprogramm war in einem Beratungsgremium abgestimmt worden, in dem evangelische und katholische Umweltbeauftragte mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DBU zusammengearbeitet haben. Der Erfolg des Projekts bei Kirchengemeinden hatte die DBU dazu motiviert, die Gesamt-Fördersumme auf über 13 Millionen Euro – gegenüber dem zunächst vorgesehenen Etat von 6 Millionen Euro – mehr als zu verdoppeln. Insgesamt konnten 714 Vorhaben gefördert werden, davon 463 evangelische Gemeinden. Alles in allem waren über 930 Anträge gestellt worden, davon über 600 aus dem Bereich der evangelischen Kirchen. Dass das Programm so gut angenommen wurde, ist insbesondere auch dem Einsatz der landeskirchlichen Umweltbeauftragten und ihrer Beratungstätigkeit zu verdanken.

Die Zahl der Gemeinden, die sich praktisch auf dem Gebiet der Solarenergie engagieren, ist mittlerweile auf über 1.000 gestiegen. In der Zwischenzeit haben weit über 300 Gemeinden den Bau fotovoltaischer oder solarthermischer Anlagen auch ohne die Bezuschussung aus dem Förderprogramm der DBU realisiert. Aufgrund der derzeitigen Einspeisevergütung und durch unterschiedliche kommunale und Länder-Förderprogramme sind die Anlagen in vielen Fällen fast schon wirtschaftlich. Es zeigt sich außerdem, dass „kirchliche Solaranlagen“ in den jeweiligen Ort oft einen beträchtlichen Multiplikatoreffekt ausüben.

4.5 Ökologische Beschaffung in kirchlichen Einrichtungen

Unter dem einprägsamen Titel „Zukunft einkaufen“ findet derzeit ein weiteres ökumenisches Ökologie-Projekt statt, das unmittelbar auch als Klimaschutzprojekt wirkt.²¹ Ziel des Projektes, welches sich an die [Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“](#)²² anlehnt, ist es, dass eine

18 http://www.ekd.de/synode2007/presse/pm76_2008_ekd_synode_co2_ausgleich.html – mit Link zum ausführlichen Bericht zur Berechnung der CO₂-Emissionen und zum Kompensationsprojekt.

19 Diefenbacher, Hans/Rodenhäuser, Dorothee (2009): Die CO₂-neutrale Synode - Ein Projektbericht zur Kompensation der CO₂-Emissionen der 7. Tagung der Synode der EKD, November 2008 in Bremen Heidelberg: FEST, im Internet unter http://www.ekd.de/synode2008/co2_neutrale_synode.html

20 <http://www.dbu.de/spunkte/kirchendaecher/projekte.php>

21 <http://www.zukunft-einkaufen.de/>

22 http://www.zukunftsfahiges-deutschland.de/zukunftsfahiges_deutschland/die_studie/inhalt_und_aufbau/

ökologische und sozial verträgliche Produktion das ausschlaggebende Kriterium in der Beschaffung wird. Das Projekt möchte dazu beitragen, dass die Kirchen durch systematische Umstellung auf ökofairen Konsum ein sichtbares Zeichen für die Bewahrung der Schöpfung setzen. Für alle, die diese Idee vor Ort in Gemeinden oder kirchlichen Einrichtungen umsetzen oder ausweiten wollen, sind Arbeitsmaterialien entwickelt worden, die von dem Projektbüro zu beziehen sind. Am Projekt beteiligen sich bundesweite Einrichtungen und eine Vielzahl von Regionen, in denen ausgewählte Gemeinden, Verbände, Bildungseinrichtungen und zentrale Beschaffungsgremien sich bereit erklären, das eigene Beschaffungswesen ökologisch und fair auszurichten und ihre Erfahrungen an andere Einrichtungen weiterzugeben.

5. Neubewertung der Kernenergie und Endlagerproblematik

In den letzten Jahren ist die Diskussion zum Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie immer wieder aufgeflackert – dabei geht es entweder „nur“ um den Zeitplan oder um den Ausstieg insgesamt. Die kritischen Äußerungen zum Ausstieg konzentrieren sich nach wie vor auf die Argumente:

- Kernenergie wird als eine Möglichkeit dargestellt, zur Minderung der Kohlendioxid-Emissionen beizutragen.
- Kernenergie erhöht die Versorgungssicherheit in einer Zeit, in der die Hauptquellen nicht erneuerbarer Energieträger in politisch wenig stabilen Ländern sind.
- Kernenergie steigert die Wettbewerbsfähigkeit, da die Preise für Erdöl und Erdgas vor allem aufgrund zunehmender Nachfrage aus den Schwellenländern stark steigen werden.

Bei einer Tagung in der Evangelischen Akademie Tutzing, die von Deutschen Naturschutzring sowie von evangelischen und katholischen Umweltbeauftragten mit veranstaltet wurde, wurden die unterschiedlichen Positionen zu dieser Frage gesichtet und ein Argumentationspapier unter dem Titel „Kernenergie und Klimaschutz“ (Thesen hier [Anlage 5](#)) erarbeitet.²³ Sein Fazit: Bei der jüngsten Debatte um eine Neubewertung der Kernenergie aus Gründen des Klimaschutzes werden keine wirklich neuen Argumente ausgetauscht; deshalb sollte der Plan zum Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland mit unverändertem Zeitplan beibehalten werden. Die Gründe, die auch die Synode der EKD mehrfach bewogen hat, die Beendigung der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu empfehlen, gelten unverändert weiter.

23 Den Wortlaut insgesamt siehe epd-Dokumentation 30/2009.

6. Die Klimaallianz

Angesichts der immensen Herausforderung, die der Klimawandel für Natur und Gesellschaft darstellt, haben sich 2007 über 100 Nicht-Regierungs-Organisationen und Institutionen aus dem kirchlichen Bereich zu einem Bündnis zusammengeschlossen: der Klima-Allianz.²⁴ Mit diesem Bündnis sollte die Gemeinsamkeit der beteiligten Organisationen im Blick auf ihre Positionen im Klimaschutz gestärkt werden, indem sie sich mit dieser Plattform zusammen dafür einsetzen, dass politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine drastische Senkung der Treibhausgase in Deutschland bewirken. Da Deutschland als große Industrienation mit überdurchschnittlichem Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ maßgeblich zur bisherigen Erderwärmung beigetragen hat, sei eine Minderung von 40 Prozent bis zum Jahr 2020, im Vergleich zu dem Niveau von 1990, erforderlich, um zur Begrenzung der weltweiten Erderwärmung auf unter 2° C beizutragen. Darüberhinaus müsse Deutschland nach dem Verursacherprinzip für die Kosten von Klimaschäden und Anpassungsmaßnahmen in den besonders betroffenen Entwicklungsländern aufkommen.

Aus dem Bereich der Kirchen und kirchlichen Institutionen sind Mitglieder der Klimaallianz: Evangelische Landeskirche Baden, Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck, Evangelische Kirche Rheinland, Evangelische Kirche von Westfalen, Evangelische Kirche in Mitteldeutschland, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Evangelische Landeskirche Anhalts, Evangelische Kirche der Pfalz, Evangelische Landeskirche in Württemberg, die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Gliedkirchen der EKD, Brot für die Welt, das Nordelbische Missionswerk und die Vereinte evangelische Mission, der EED und die FEST.

7. Klimaschutzprojekt der kirchlichen Werke: „Countdown to Copenhagen“

Die Nordelbische Kirche, „Brot für die Welt“ und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) haben die Kampagne „Countdown to Copenhagen“ initiiert.²⁵ Die deutsche Kampagne ist Teil einer weltweiten ökumenischen Bewegung, an der zahlreiche Partnerorganisationen aus aller Welt mitmachen. Die Kampagne soll ein Zeichen setzen und das Engagement der Menschen in den Kirchen und der Zivilgesellschaft unterstützen und mobilisieren. Mit dem Aktionsaufruf (online und als Postkarte) wird die Bundesregierung aufgefordert, sich in Kopenhagen für ein gerechtes und ambitioniertes Klimaabkommen einzusetzen. Der Aufruf ist als Postkarte gedruckt. Höhepunkt der Kampagne in Deutschland wird die offizielle Übergabe der Unterschriften an die Bundesregierung Anfang Dezember sein. Während des Weltklimagipfels in Kopenhagen wird es einen internationalen ökumenischen Gottesdienst geben. Alle weltweit gesammelten Unterschriften werden bei einem öffentlichen Event an die politisch Verantwortlichen überreicht.

24 <http://www.die-klima-allianz.de/>

25 <http://www.countdowntocopenhagen.org>

8. Internationale umweltpolitische Zusammenarbeit der Kirchen

Die Umweltarbeit der deutschen evangelischen Kirchen ist eng vernetzt mit den European Christian Environmental Network (ECEN).²⁶ ECEN trifft sich alle zwei Jahre zu einer Vollversammlung und unterhält derzeit acht verschiedene thematische „Working Coalitions“; davon sind zwei ganz direkt zu Fragen des Klimaschutzes relevant: die Working Coalition on Climate Change (Leiterin Mareike van Duijn) und die Working Group on Environmental Management (Leiter Hans Diefenbacher).

In der internationalen Arbeit zum Klimaschutz der Kirchen ist auch die entsprechende Stabsstelle im World Council of Churches sehr produktiv. Der WCC begleitet die COP zum Kyoto-Protokoll seit Beginn und leistet die Vermittlung der Konzepte ökologischer Gerechtigkeit und der neueren lateinamerikanischen Debatte um den Begriff der ökologischen Schuld.

Auf der Ebene konkreter, längerfristiger Zusammenarbeit können unter anderen folgende Kooperations-Projekte zwischen deutschen und ausländischen kirchlichen Institutionen zum Thema Klimaschutz benannt werden:

- Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) hatte sich **2004** bereit erklärt, im Rahmen ihres Osteuropa-Programms bis zu 50 kirchliche Einrichtungen in Tschechien bei der Einführung von erneuerbaren Energien zu unterstützen. Die Koordination dieses Programms, das im April 2004 mit einer Laufzeit von zweieinhalb Jahren begann und im Mai 2007 endete, hat in Tschechien die Orthodoxe Akademie in Vilémov²⁷ übernommen, die ein eigenes Zentrum zur Demonstration von Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energien unterhält. Die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) fungierte in diesem Projekt als deutscher Partner und brachte die Erfahrungen aus dem hiesigen Förderprogramm ein. Nach Anlaufschwierigkeiten ist dieses Projekt mittlerweile ebenfalls erfolgreich; bislang konnten etwa 40 Anlagen realisiert werden, weitere 20 sind in Planung. Eine Fortsetzung des Projektes wird im kommenden Jahr realisiert werden können.
- In einem gemeinsamen Brief an den amtierenden Vorsitzenden des Europäischen Rates, den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, haben der Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams, der Erzbischof der Kirche von Schweden, Anders Wejryd, und der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Wolfgang Huber, im **Dezember 2008** davor gewarnt, angesichts der derzeitigen Finanzmarktkrise die Bemühungen um den Klimaschutz abzuschwächen (siehe Anlage 3). In dem Schreiben, das auch an Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Regierungschefs von Großbritannien und Schweden geschickt wurde, erklären die drei leitenden Geistlichen, dass die angestrebte Belebung der Wirtschaft nicht auf Kosten der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung gehen dürfe.
- Vom 15. bis 17. Dezember **2008** trafen sich im Theologischen Studienseminar der VELKD in Pullach Delegationen der lutherischen Kirche in Schweden und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unter der Leitung von Erzbischof Anders Wejryd und dem EKD-Ratsvorsitzenden Bischof Wolfgang Huber (siehe Anlage 4). Die beiden leiten-

26 <http://www.ecen.org>

27 <http://www.orthodoxa.cz/>

den Geistlichen haben in Zusammenarbeit mit dem Erzbischof von Canterbury Rowan Williams erneut zu Fragen des Klimawandels Stellung genommen und sich bei vielen Politikern Gehör verschafft. Bei der Begegnung unterstrichen sie wieder die Verpflichtung, dass die Kirchen zu den großen Zukunftsfragen Stellung nehmen. Auch in einer Zeit, die durch eine krisenhafte Wirtschaftsentwicklung geprägt ist, dürfen die langfristigen Herausforderungen durch den Klimawandel nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

- Seit September 2009 wird von der FEST und dem schwedischen Institut „Etik och energi“²⁸ ein Projekt koordiniert, das in den nächsten beiden Jahren so genannte „Twinning Partnerships“ zwischen Europäischen Kirchen im Klimaschutz durchführen wird: Erfolgreiche kirchliche Klimaschutzprojekte werden hier auf andere Kirchen in Europa übertragen, die bislang auf diesem Gebiet noch nicht sehr aktiv sind. Beteiligt sind neben Deutschland und Schweden auch Kirchen in Polen, Tschechien, Rumänien, Großbritannien und Frankreich; das Projekt wird unter anderem auch von der DBU gefördert.

**Stellungnahme der Deutschen Bischofskonferenz und
des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
zur UN-Konferenz für Nachhaltigkeit und Entwicklung
vom 26.8. – 4.9.2002 in Johannesburg („Rio + 10“)**

1. Die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) blicken mit großen Erwartungen auf den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, der vom 26. 8. – 4. 9. 2002 in Johannesburg/Südafrika stattfinden wird. Denn Fortschritte in der Umsetzung einer global nachhaltigen Entwicklung sind heute eine Überlebensfrage für die Zukunft der Menschheit. In dem Willen, die Bedürfnisse der heutigen Generation zu befriedigen, ohne die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu gefährden, müssen wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und der Schutz der Umwelt aufeinander abgestimmt werden.

Die Kirchen haben das Prinzip der Nachhaltigkeit, das der Weltgipfel in Johannesburg in den Vordergrund stellt, als Ausdruck christlicher Verantwortung für weltweite, gegenwärtige wie zukünftige Generationen umfassende Gerechtigkeit angenommen (so beispielsweise im Gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland vom Februar 1997, in der Schrift „Handeln für die Zukunft der Schöpfung“ der Deutschen Bischofskonferenz vom Oktober 1998 und der Studie „Ernährungssicherung und Nachhaltige Entwicklung“ der Kammer der EKD für Entwicklung und Umwelt). Wir sehen deshalb mit Sorge, dass trotz vielfältiger Bemühungen und einzelner Fortschritte zehn Jahre nach dem ersten „Weltgipfel“ für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro die notwendige Trendwende zu einer nachhaltigen Entwicklung noch aussteht:

- Die weltweite Kluft zwischen Arm und Reich hat sich weiter vertieft: 1,2 Milliarden Menschen leben mit weniger als einem US-Dollar pro Tag in extremer Armut; drei Milliarden Menschen und damit rund die Hälfte der Menschheit leben von weniger als zwei Dollar pro Tag. 800 Millionen Menschen hungern.
 - Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit richtet sich verstärkt auf die Wettbewerbsbedingungen einer globalisierten Wirtschaft, während ökologische und entwicklungspolitische Belange politisch weniger wichtig wurden.
 - Die weniger wahrnehmbaren, oft mit beträchtlicher Zeitverzögerung eintretenden Auswirkungen menschlichen Handelns auf die Umwelt werden nicht hinreichend beachtet (z.B. Klimaveränderungen, fortschreitender Verlust von Tier- und Pflanzenarten, weiterhin steigende Belastung von Böden und Grundwasser). Die ökologischen Schäden haben ein Ausmaß erreicht, das zu einer dauerhaften, großräumigen und irreparablen Gefährdung der elementaren Lebensbedingungen des Menschen führen kann.
 - In vielen Bereichen werden die durch technische Fortschritte erzielten Einsparungen durch die direkten und indirekten Folgen des wirtschaftlichen Wachstums zunichte gemacht (z.B. in den Bereichen Verkehr und Konsum).
2. Es wird in Johannesburg nicht um grundlegend neue Konzeptionen gehen, sondern um eine konsequente Umsetzung der Beschlüsse von Rio in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die in Rio verabschiedete Agenda 21, das „Handlungsprogramm für das 21. Jahrhundert“, und die übrigen Vereinbarungen sind nach wie vor eine unverzichtbare Basis für eine verantwortliche Zukunftspolitik. Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz setzen sich für folgende Prioritäten ein und bitten die deutsche Verhandlungsdelegation in Johannesburg, ihnen Geltung zu verschaffen:

- für die **Bekämpfung der Armut** durch einen breiten Ansatz der Ernährungssicherung und des nachhaltigen Schutzes von Boden und Wasser, durch verstärkte Investitionen in Basisdienste der Bildung und des vorsorgenden Gesundheitsschutzes, durch die Stärkung von Menschenrechten und der Demokratie sowie durch faire Handelschancen für Entwicklungsländer im globalen Wirtschaftssystem. Der Zugang zu sauberem Wasser als Voraussetzung für gesundes Leben, wirtschaftliche Entwicklung und Ernährungssicherung wird im 21. Jahrhundert zur Schlüsselfrage der Armutsbekämpfung.;
 - für den **globalen Klimaschutz** durch schnelle Ratifikation, Umsetzung und Fortentwicklung des Kyoto-Protokolls, das eine Verringerung des CO₂-Ausstosses der Industrieländer um insgesamt 5,2 % im Vergleich zu 1990 bis zum Jahr 2005 vorsieht. Die Industrienationen haben hier eine besondere Verantwortung. Die Kirchen unterstützen deshalb die Initiativen in der Europäischen Union, die für eine Klima- und Energiepolitik eintreten, die über diesen Minimalkonsens deutlich hinausgeht. Die konsequente Förderung des Energiesparens, der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien in Deutschland und weltweit ist eine unverzichtbare Basis nachhaltiger Entwicklung;
 - für den **Aufbau einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft auf nationaler und globaler Ebene** durch wirksame nationale und internationale Rahmenordnungen und starke internationale Institutionen, durch aktive Förderung der Nachhaltigkeit von Produktion und Verbrauch in allen Bereichen und geeignete Kontrollmöglichkeiten, durch mehr Eigenverantwortung der Unternehmen, durch einen gerechten Ausgleich der von den Familien erbrachten Leistungen, durch Förderung der heranwachsenden Generation sowie durch eine verstärkte Partizipation und Bürgerbeteiligung auf allen politischen Ebenen;
 - für eine **Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung** durch verbindliche Regelungen zum Erreichen eines Anteils von 0,7 % des Bruttonettoprodukts der Industrieländer für öffentliche Entwicklungshilfe sowie eine breite Umsetzung der 20:20-Initiative, bei der sich die beteiligten Entwicklungs- und Industrieländer gegenseitig verpflichten, 20% des Staatshaushaltes bzw. der öffentlichen Entwicklungshilfe für soziale Grunddienste zu verwenden.
3. Die Kirchen sind in diesen Handlungsfeldern seit langem engagiert. Sie sehen sich durch die UN-Konferenzen in Rio de Janeiro und Johannesburg verstärkt in die Pflicht genommen, ihre eigenen Anstrengungen in diesen Handlungsfeldern konzeptionell wie praktisch weiter zu intensivieren. Aus den Quellen des christlichen Schöpfungsglaubens und Menschenbildes sowie durch das Zeugnis des eigenen Handelns können sie die nötigen Kräfte in unserer Gesellschaft stärken und zur Ermöglichung einer zukunftsfähigen Politik beitragen. Bei diesem Engagement sind folgende Akzente wesentlich:
- **Wertorientierung:** Die christlichen Kirchen treten für eine weltweite Verständigung über die ethischen Grundlagen einer nachhaltigen Gesellschaft ein, wozu unter anderem die Anerkennung des Eigenwertes aller Geschöpfe, das Eintreten für die unbedingte Würde des Menschen, Initiativen für eine verantwortliche Gestaltung der Globalisierung sowie der Einsatz für Gerechtigkeit für die Ärmsten und für die künftigen Generationen gehören. Wesentliche Elemente der nachhaltigen Entwicklung haben die Kirchen im Rahmen des ökumenischen Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung aufgenommen. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gehört zum Kernbestand christlicher Sozialethik. Dessen konkrete Bedeutung muss zusammen mit anderen ethischen Prinzipien für alle kirchlichen Handlungsfelder ausformuliert werden. Die Verständigung über die Bedeutung dieses Leitbildes muss auch im interreligiösen Dialog gesucht werden.
 - **Nachhaltiger Lebensstil:** Die Kirchen tragen dazu bei, eine Politik des ökologischen Strukturwandels möglich zu machen, wenn sie immer wieder aufrufen, den eigenen Lebensstil zu überdenken. Das christliche Menschenbild bietet vielfältige Ansätze für einen Gewinn an Le-

bensqualität durch die Unterscheidung von „gut leben“ und „viel haben“. Ein nachhaltiger Lebensstil in Verbindung mit entsprechenden Strukturveränderungen im Welthandel ist heute entscheidend für eine Neuorientierung in den reichen Industrienationen selbst.

- **Beispielhaftes Handeln:** Es gehört zu den Zielen kirchlichen Handelns, mit zahlreichen praktischen Initiativen den Schöpfungsglauben in alltägliches Handeln zu übersetzen. So gibt es zahlreiche kirchliche Energiesparprojekte, Richtlinien zum energieeffizienten Bauen und Förderprogramme zur Nutzung erneuerbarer Energieträger. Kirchliche Entwicklungshilfe orientiert sich an den Kriterien der Nachhaltigkeit. Zahlreiche Veranstaltungen zu ökologischen und entwicklungspolitischen Themen finden in kirchlichen Bildungseinrichtungen statt. Gemeinden und kirchliche Verbände beteiligen sich an Agenda-21-Prozessen. Derzeit wird deutschlandweit ein ökumenisches Projekt zum „Kirchlichen Umweltmanagement“ durchgeführt. Es gibt Initiativen für nachhaltige Lebensstile in Klöstern und Kommunitäten. Viele kirchliche Einrichtungen kaufen Produkte aus fairem Handel und unterstützen Ansätze der Regionalvermarktung und der Verarbeitung von Lebensmitteln aus der Region. In der nächsten Zeit muss es aber gelingen, die vielen Ansätze guter Pilotprojekte in die Breite der kirchlichen Einrichtungen und Aktivitäten zu übertragen.

Wir sehen in einer Beteiligung an der Weiterführung des Rio-Prozesses für eine nachhaltige Entwicklung eine zentrale Verpflichtung und Chance für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Entwicklungs- und Umweltschutzfragen werden immer mehr zu strategischen Überlebensfragen für die Zukunft der Menschheit. Ihre Gewährleistung ist vorsorgende Friedenspolitik. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz setzen sich für die Ermöglichung einer solchen neuen Politik ein und ermutigen alle Christen, durch entschlossenes Handeln Zeugnis von der Liebe Gottes zu seiner Schöpfung abzulegen. Sie fordern die Verhandlungsdelegationen in Johannesburg auf, ein entschiedenes Zeichen zu setzen und ihrer Verantwortung für die Politik des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

Bonn/Hannover, den 5. Juli 2002

Pressemitteilung der EKD

Wolfgang Huber: Klimaschutz konsequent fortsetzen

EKD fordert Bundesregierung und Wirtschaft zu weiterer Senkung der CO₂-Emissionen auf

Aus Anlass der aktuellen Auseinandersetzung um den Emissionshandel fordert der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Wolfgang Huber, die deutsche Industrie auf, die freiwillig übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn die Deutsche Industrie dem nicht nachkomme, blockiere sie den Beitrag, den Deutschland für den Erhalt menschenwürdiger Lebensbedingungen auf der Erde leisten könne und müsse. Er bittet alle Verantwortlichen dringend, von der gegenwärtigen Blockadehaltung abzugehen.

Wolfgang Huber erklärt dazu wörtlich:

„Eine Reduzierung der CO₂ Emissionen um 25 Prozent ist das Ziel, auf das die Bundesrepublik Deutschland sich bereits im Jahr 1992 verpflichtet hat. Dieses Ziel war – und ist – erreichbar. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich immer wieder, auch auf internationaler Ebene, für diese Zielsetzung eingesetzt. In der aktuellen Auseinandersetzung appelliert die EKD an Wirtschaft und Bundesregierung, die bisherigen Selbstverpflichtungen weiterhin umzusetzen. Dazu gehört auch eine entsprechende Selbstbindung der deutschen Wirtschaft aus dem Jahr 1998.

Der nationale Allokationsplan zur EU-Emissionshandelsrichtlinie muss bis Ende März 2004 vorgelegt werden. Neueste Statistiken deuten darauf hin, dass Deutschland selbst in den Jahren der wirtschaftlichen Flaute 2000 bis 2002 einen CO₂-Emissionszuwachs erzielt haben könnte. Der unerwartete Zuwachs rührt von einer Verschiebung des Energiemix in Richtung Braunkohle sowie von hohen Stromexporten her; die Industrie im engeren Sinne hat ihre Emissionen in dieser Zeit reduziert.

Mit großer Sorge beobachtet die EKD, dass die deutsche Industrie ihre freiwillige Verpflichtung auf das Senkungsziel aufkündigen will und zusätzliche kostenlose CO₂-Emissionsrechte fordert. Es ist zu befürchten, dass damit nicht nur das 25 prozentige Reduktionsziel bis 2005 illusorisch gemacht wird, sondern auch die Verpflichtung zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen gegenstandslos wird, die die Bundesrepublik Deutschland innerhalb der EU im Rahmen des Kyoto-Protokolls übernommen hat.

Seit einigen Jahren haben sich die Indizien dafür ganz erheblich verstärkt, dass ein von Menschen verursachter Klimawandel im Gange ist. Schon heute leiden viele Länder – vor allem gerade die ärmsten – unter seinen Folgen. In Zukunft werden auch Europa und Deutschland davon betroffen sein. Klimaschutz ist nicht nur eine wichtige Aufgabe neben anderen, sondern eine Vorbedingung für verantwortliches politisches und wirtschaftliches Handeln.

Der deutschen Industrie, insbesondere der Energiewirtschaft, kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Mit dem Instrument des Emissionshandels wird sie nun in die Lage versetzt, ihre Verpflichtungen zum Klimaschutz möglichst kostensparend einzulösen. Wenn sie jetzt nicht einmal mehr die von ihr freiwillig übernommenen Verpflichtungen erfüllen will, blockiert sie den Beitrag, den Deutschland für den Erhalt menschenwürdiger Lebensbedingungen auf der Erde leisten kann und muss. Ich bitte daher alle Verantwortlichen dringend, von der gegenwärtigen Blockadehaltung abzugehen.“

Für die Richtigkeit
Hannover, 23. März 2004
Pressestelle der EKD
Christof Vetter

Pressemitteilung der EKD

Belebung der Wirtschaft darf nicht Klimaschutz kosten. Leitende Geistliche aus Deutschland, England und Schweden schreiben an europäische Regierungen, 9.12.2008

In einem gemeinsamen Brief an den amtierenden Vorsitzenden des Europäischen Rates, den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, haben der Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams, der Erzbischof der Kirche von Schweden, Anders Wejryd, und der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Wolfgang Huber, davor gewarnt, angesichts der derzeitigen Finanzmarktkrise die Bemühungen um den Klimaschutz abzuschwächen. In dem Schreiben, das auch an Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Regierungschefs von Großbritannien und Schweden geschickt wurde, erklären die drei leitenden Geistlichen, dass die angestrebte Belebung der Wirtschaft nicht auf Kosten der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung gehen dürfe. „Wir rufen unsere Regierungen auf, ihren Einsatz hinsichtlich der Herausforderung durch den Klimawandel zu verstärken.“ Im Blick auf die Verhandlungen des Europäischen Rates in Brüssel am 11. und 12. Dezember mahnen die leitenden Geistlichen die europäischen Regierungen, „sicher zu stellen, dass die Bemühungen um den Klimaschutz durch die Suche nach kurz- und mittelfristigen Lösungen für augenblickliche wirtschaftliche Probleme nicht an den Rand gedrängt werden.“

Die Finanzmarkt-, Ernährungs- und Treibstoffkrisen dieses Jahres hätten die vorherrschenden Wirtschaftsmodelle auf den Prüfstand gestellt. „Die neue Herausforderung besteht darin zu lernen, im Rahmen der Möglichkeiten unseres Planeten zu leben; wir müssen uns dieser Herausforderung mit Realitätssinn, einem Sinn für Gerechtigkeit und einer nüchternen Einschätzung des Erbes stellen, das wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen.“ Die Neuausrichtung der Weltwirtschaft zum Beispiel auf Investitionen in „saubere“ Technologien biete viel versprechende Möglichkeiten eines realen und zugleich nachhaltigen Wachstums. „Die Annahme, dass der Umweltschutz beachtliche wirtschaftliche Erträge ebenso wie ökologische Gewinne hervorbringt, wird von Europas eigenen ökologisch orientierten Branchen untermauert, die laut der Europäischen Kommission (Januar 2008) derzeit einen Umsatz von 227 Milliarden Euro und 3,4 Millionen Arbeitsplätze vorweisen können.“

In Gesprächen mit Partnerkirchen in aller Welt, von denen viele unmittelbar von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, sei deutlich geworden, dass Europas Schritte aufmerksam beobachtet würden. „Wir sind deswegen besorgt, dass in dem Moment, in welchem die globalen Klimaschutzverhandlungen einen kritischen Punkt erreichen, Europa die derzeitige Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu benutzen scheint, um Schlüsselemente seines eigenen Klimaschutzpaketes abzuschwächen.“ Es gehe nicht um eine Wahl zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Umweltschutz, so die Oberhäupter der anglikanischen Kirche, der lutherischen Kirche von Schweden und der EKD. „Nachhaltig zu arbeiten für das weltweite Gemeinwohl und Gottes Schöpfung zu bewahren sind keine Alternativen – es meint ein und dasselbe.“

Die drei Geistlichen ermutigen dazu, die derzeitige Situation nicht als Bedrohung, sondern als „historische Chance“ anzusehen, „heute die kohlenstoffarme Wirtschaft von morgen auf den Weg zu bringen.“ Das Thema Klimawandel werde in der europäischen Öffentlichkeit als sehr wichtig angesehen. „Wir glauben daher, dass die Menschen an einen solchen Wandel glauben und ihn unterstützen können. Seien Sie versichert, dass wir in diesem kritischen Augenblick mit unseren Gedanken und Gebeten bei Ihnen und den anderen Regierungschefs sein werden.“

Hannover, 9. Dezember 2008

Pressestelle der EKD
Silke Römhild

Pressemitteilung der EKD

Die Kirche von Schweden und die EKD verstärken Zusammenarbeit beim Klimaschutz, im Nahen Osten und in Europa, Konsultation in Pullach beendet, 17. Dezember 2008

Vom 15. bis 17. Dezember trafen sich im Theologischen Studienseminar der VELKD in Pullach Delegationen der lutherischen Kirche in Schweden und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unter der Leitung von Erzbischof Anders Wejryd und dem EKD-Ratsvorsitzenden Bischof Wolfgang Huber. Die beiden leitenden Geistlichen haben in Zusammenarbeit mit dem Erzbischof von Canterbury Rowan Williams in den letzten Wochen erneut zu Fragen des Klimawandels Stellung genommen und sich bei vielen Politikern Gehör verschafft. Bei der Begegnung unterstrichen sie erneut die Verpflichtung, dass die Kirchen zu den großen Zukunftsfragen Stellung nehmen. Auch in einer Zeit, die durch eine krisenhafte Wirtschaftsentwicklung geprägt ist, dürfen die langfristigen Herausforderungen durch den Klimawandel nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

Mit großer Sorge betrachten beide Kirchen die Abwanderung orientalischer Christen aus dem Nahen und Mittleren Osten. Schweden hat 30.000 irakische Flüchtlinge aufgenommen, darunter einen erheblichen Teil an Christen. Mit der von der Europäischen Union beschlossenen Aufnahme eines Kontingents irakischer Flüchtlinge, die von der EKD ausdrücklich begrüßt wurde, beginnt ein vergleichbarer Prozess in Deutschland. In Jerusalem will man die bewährte Zusammenarbeit zwischen dem renommierten Schwedischen Theologischen Institut und dem von der EKD unterstützten Verein „Studium in Israel“ ausbauen. Dabei liegt ein besonderer Akzent auf dem interreligiösen Dialog.

Die Delegationen erörterten die aktuelle Entwicklung in der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), der über 120 Mitgliedskirchen angehören, darunter die evangelischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen. Dabei wurde insbesondere die Vorbereitung der nächsten Vollversammlung der KEK im Juli 2009 in Lyon erörtert. Die KEK sei ein Instrumentarium aller Mitgliedskirchen; sie dürfe deshalb nicht vorrangig zum Austragungsort von Problemen einzelner Kirchen werden. Verstärkt müsse sie sich darauf konzentrieren, die gemeinsamen Anliegen der Kirchen auf europäischer Ebene zur Geltung zu bringen.

Besondere Aufmerksamkeit galt der Lage der schwedischen Gemeinden in Deutschland und der deutschen Gemeinden in Schweden sowie dem Stand des Reformprozesses in der EKD, der von den schwedischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit großem Interesse wahrgenommen wurde.

Die Konsultationen finden in zweijährigem Abstand statt. In ihrem Vertrag vom 31. Oktober 2002 haben beide Kirchen volle Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft vereinbart sowie die wechselseitige Anerkennung der Ordination erklärt.

Hannover, 17. Dezember 2008

Pressestelle der EKD
Silke Römhild

Hans Diefenbacher, Martin Held, Matthias Kiefer, Helmut Röscheisen
Thesen zur zukünftigen Nutzung der Kernenergie
epd-Dokumentation 30/2009, S. 4-5

1. Erleben wir eine Renaissance der Kernenergienutzung?

These: Noch erleben wir lediglich eine Renaissance der *Debatte* der Kernenergienutzung, faktisch jedoch keine Renaissance der *Nutzung* der Kernenergie.

2. Ist ein Beitrag der Kernenergie unverzichtbar, um die Klimaveränderung abzuwenden?

These: Die Kernenergie kann mengenmäßig global keinen entscheidenden Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten. Außerdem ist die Kernenergienutzung nicht völlig klimaneutral.

3. Hat sich mittlerweile die Sicherheit der bestehenden Kernkraftwerke bestätigt?

These: Das Restrisiko eines Unfalls mit katastrophalen Folgen ist zwar äußerst gering, könnte mit zunehmender Laufzeit alter Anlagen jedoch ansteigen. Die Schadenshöhe wäre derart groß, dass selbst sehr niedrige Eintrittswahrscheinlichkeiten nicht akzeptabel erscheinen, da es andere Möglichkeiten der Energieversorgung gibt.

4. Brauchen wir Kernenergie, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten?

These: Das eigentliche Versorgungsrisiko besteht im Falle eines möglichen schweren Störfalls in einer Kernkraftwerksanlage, da dann mit hoher Wahrscheinlichkeit alle Kernkraftwerke abgeschaltet würden. Der wichtigste Beitrag zur Erhöhung der Versorgungssicherheit besteht in einer drastischen Verringerung des Energieverbrauchs durch die Einsparung von Energie und durch eine Steigerung der Energieeffizienz sowie in einem Ausbau der erneuerbaren Energien.

5. Ist die Kernenergie notwendig, um genügend Zeit für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu haben?

These: Ein Zeitgewinn durch weitere Kernenergienutzung ist höchst fraglich. Denn dagegen steht die Tatsache, dass jede weitere Nutzung der Kernenergie den konsequenten und technologisch wesentlich aussichtsreicheren Umbau auf nachweisbar zukunftssichere Systeme erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energie-Effizienz und die Energieeinsparung behindert.

6. Ist Strom für den Verbraucher nur durch Kernenergie erschwinglich?

These: Die Entwicklung der Kosten der Nutzung der Kernenergie ist in hohem Maße unsicher. Bereits jetzt sind die Kosten nur aufgrund offener und verdeckter Subventionen vergleichsweise niedrig. Während erneuerbare Energien im Laufe der Zeit billiger werden, steigen die Kosten für den Bau von Kernkraftwerken, den Uranabbau und die Entsorgung erheblich, von möglichen Störfällen und Folgelasten ganz abgesehen.

7. Ist die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle durch Gorleben gelöst?

These: Die Frage der Endlagerung ist weder in Deutschland noch weltweit gelöst. Es ist auch keine rasche Lösung in Sicht. Es gibt derzeit weltweit noch keine geeignete Endlagerstätte.

8. Wäre es sinnvoll, wegen der Knappheit der Uranreserven auch eine Debatte um den Einstieg in die Wiederaufarbeitung neu zu führen?

These: Das Eine bedingt das Andere – und dies auch noch mit negativen Aussichten: Denn ein Einstieg in die Wiederaufarbeitung würde zwingend den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft bedeuten, die die Produktion von kernwaffenfähigem Material ermöglicht. Dies ist weder aus Gründen der globalen Sicherheit noch aus Gründen der Sozialverträglichkeit konsensfähig ist.

9. Lässt sich die Gefahr einer Proliferation durch verbindliche internationale Abkommen lösen?

These: Schon die Erfahrungen schon aus der Arbeit der bestehenden Überwachungsinstitutionen zeigen, dass dies wenig wahrscheinlich ist, denn kein Nuklearzyklus ist vollständig gegen die Proliferation an Staaten oder auch an terroristische Organisationen zu sichern.